

Sehr geehrte Frau Mag. Gierlinger, sehr geehrter Parteikollege BM Mag. Molterer,

Fakt ist:

- Der Bestand an emissionsstarken bzw. veralteten Fahrzeugen in Österreich ist viel zu hoch (Bj. 86 bis 1998).
- Es müssen schnellstens Schritte eingeleitet werden, den Besitzern dieser Fahrzeuge steuerliche Kaufanreize zu geben, um diese Fahrzeuge gegen neue emissionsarme Fahrzeuge auszutauschen. Zusätzlich muss die monatliche Kfz-Steuer für emissionsstarke Pkw massiv erhöht werden (Mehreinnahmen würden winken!).
- Die Republik Österreich erfüllt die vereinbarten Klimaschutzziele nicht im Entferntesten und muss in Folge Millionen an Strafgeldern bezahlen.
- Die letzte NoVA-Novellierung war de facto eine weitere Steuererhöhung: Die lächerlichen NoVA-Boni stehen den Steuereinnahmen nach in keiner Relation zu den NoVA-Mali, also den Mehreinnahmen in Summe der Republik durch die letzte „Reform“ (Reform ist eigentlich das falsche Wort. Dem lateinischen Ursprung nach müsste eine Reform eine Verbesserung zur Folge haben).
- Das Bundesministerium für Finanzen weigert sich nach wie vor entgegen den gesetzlichen Steuerregelungen endlich die Mehrwertbesteuerung der NoVA (Besteuerung der Nova) aufzugeben. Nüchtern gesehen ist das Betrug, da die gesetzlichen Voraussetzungen nicht zu 100 % erfüllt sind. Das wäre einer der wenigen Punkte, bei dem sich Steuerzahler über die Europäische Union und deren Verordnungen freuen dürften.
- Die Wirtschaftskammer (oder auch einfach irgendjemand) könnte sämtliche öster. Automobilhändler dazu auffordern, die MwSt. für die NoVA ab 1.1.2009 nicht mehr abzuführen und gegen jeden Mehrwertsteuerbescheid künftig Einspruch zu erheben. Das würde das BMF sicherlich in massive Bedrängnis bringen. Vielleicht würde sich in dieser Frage dann eher eine Lösung finden, die der Auffassung der Mehrheit der österreichischen Steuerexperten entspricht, welche die Gesetzeswidrigkeit der NoVA-Besteuerung schon seit Jahren beklagen.
- Aus diesem Titel bereichert sich das österreichische BMF auf Kosten seiner Bürger um hunderte Millionen Euro!
- Das BMF will gar keine Steuererleichterung für Kfz-Neuanschaffungen, weil das Geld gar nicht da ist bzw. weil die Stärke des BMF offensichtlich nicht gerade darin liegt, Steuererleichterungseffekte zu errechnen.

Es ginge ganz einfach. Hier die Anleitung für Steuermehreinnahmen von einem einfachen Bürger: _

Wer sein Fz. der Euro Klasse XY (und alle Diesel ohne DPF) im Zeitraum xy gegen ein Neufahrzeug mit einem CO₂- und Nox-Ausstoß von xy eintauscht (wobei evtl. über einen Verschrottungsnachweis das Altfahrzeug entsorgt werden muss), sollte in diesem Zeitraum komplett von der NoVA befreit werden. Als Voraussetzung würde ich fordern, dass der Automobilhandel um denselben Betrag eine „Verschrottungsprämie“ bezahlen muss (als Rabatt auf das Fahrzeug). Wir hätten für das durchschnittliche österreichische Personenkraftfahrzeug einen Preisvorteil von brutto 4.109 € (bei einem durchschnittlichen Anschaffungspreis von 21.400 € netto gemäß Statistik Austria: NoVA mit 8 % gerechnet mal 2 plus 20 % MwSt.) ohne zusätzlichen Kaufanreize der Hersteller, die ohnehin noch dazu kämen. Geht man davon aus, dass nur 25 % der betroffenen Fahrzeuge in einem definierten Zeitraum getauscht werden, reden wir von 1.284.000.000 € allein an

Mehrwertsteuereinnahmen, die der Fiskus in dieser Periode sonst nicht erhalten hätte.

Resultat: Die fiskalen Mehreinnahmen aus der Mehrwertsteuer, den Anmeldeabgaben, der Kaskoversicherungssteuer, der gesicherten Lohnsteuer (Arbeitsplatzschaffung und/oder zumindest -sicherung), Einkommenssteuer usw. würden überproportional mehr ausmachen, als wenn das BMF – so wie jetzt – gar nichts unternimmt. Zudem würden Arbeitsplätze gesichert und geschaffen werden.

Dem BMF fehlt die Gesamtsicht der Dinge – das ist augenscheinlich!

- Fakt sind auch 15 Mrd. € Direktzahlungen an Banken, 75 Mrd. € noch an Garantien für österreichische Banken. Das schreit nach Steuererhöhungen! Irgendjemand muss das bezahlen und das ist natürlich wieder die Melkkuh der Nation: der Autofahrer und in Folge die gesamte Kfz-Branche mit seinen hunderttausenden Beschäftigten.

Wenn Sie die Zeitungen der letzten 2 Wochen gelesen haben, dann wird auch Ihnen und selbst dem Hrn. BM für Finanzen (wer immer auch der nächste ist, der etwaig keine Ahnung hat) mittlerweile bewusst sein, dass die gesamte Autobranche in eine höchst beängstigende Schieflage gekommen ist. Nicht nur die Hersteller entlassen zehntausende Menschen, nein, auch der österreichische Automobilhandel ist gezwungen, zigtausende Menschen in die Arbeitslosigkeit zu schicken. Ein Ende ist nicht in Sicht. Es geht um zehntausende Arbeitsplätze! Hat schon jemand den Lohnsteuer-Entfall und die resultierenden Mehrkosten dieser Arbeitslosen errechnet? Wer denn auch?

Allein das BMF mit seinen hoch dotierten Beamten (die sollten das ja schließlich errechnen können, denn ein Minister kann es nicht) hat es in der Hand, JETZT entgegenzusteuern. Der Politik das in die Schuhe zu schieben, ist viel zu billig. Bekommt der neue Finanzminister die richtigen Zahlen mit den tatsächlichen Auswirkungen auf den Tisch, wird die am Boden liegende Automobilbranche nicht lange auf massive Steuererleichterungen im Zusammenhang mit dem Kfz-Kauf warten müssen. Wer will schon abgewählt werden? Herr Mag. Molterer kann dazu sicherlich eine klare Antwort geben.

Mit freundlichen Grüßen

Mag. (FH) Patrick Pfurtscheller
CEO Auto-Linser GmbH & CoKG